

## Karriere

### VKB-Versicherungsservice unter neuer Leitung



*Foto: Werkgarner*  
**Monika Kern** (Bild) leitet seit Mai die Abteilung Versicherungsservice bei der oö. VKB-Bank. Die 49-jährige Welserin ist akademisch geprüfte Versicherungskauffrau und Finanzdienstleisterin und seit 25 Jahren im Versicherungsbereich tätig.

### Zwei neue stellvertretende Landesbäuerinnen gekürt

**Edeltraud Huemer** aus dem Bezirk Steyr und **Gabriela Stieglmayr** aus dem Bezirk Ried/Innkreis wurden in der jüngsten Versammlung der Bezirksbäuerinnen zu neuen Stellvertreterinnen von Landesbäuerin Annemarie Brunner gewählt.

### Wolfgangsee Tourismus wählte neuen Sprecher

**Ferdinand Laimer** wurde zum neuen Sprecher der Generalversammlung der Wolfgangsee Tourismus Gesellschaft (WTG) gewählt. Laimer ist Betriebsleiter der 12er Horn Seilbahn. Verabschiedet als Vorsitzender der WTG wurde **Johann Fürst**.

### Programmierfabrik mit vier neuen Prokuristen

**Brigitte Feigl** (52), **Michael Ecker** (51), **Norbert Moser** (59) und **Josef Pretzl** (51) wurden zu Prokuristen der Linzer IT-Firma Programmierfabrik bestellt.

### FH: Neue Verantwortliche für Internationalisierung

**Barbara Peinhaupt** übernimmt mit 1. Juli die Stabstelle Internationalisierung an der Fachhochschule (FH) Gesundheitsberufe OÖ. Dabei strebt sie unter anderem einen intensiven Lehrenden- und Studierendenaustausch an



**Dreiertreffen** Zu ihrem alljährlichen Dreiertreffen kamen gestern (v. l.) Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlechner, sein deutscher Amtskollege Philipp Rösler und der schweizerische Bundesrat Johann Schneider-Ammann in Wien zusammen.

Thematisiert wurden unter anderem Maßnahmen zur Bewältigung der Finanz- und Schuldenkrise sowie Alternativen zu Atomstrom, da sowohl die Schweiz als auch Deutschland aus der Atomenergie aussteigen.

*Foto: APA/Schlager*

# 130 Mrd. Euro gegen die Krise

Die vier größten Euro-Länder planen ein Maßnahmenpaket für Wachstum und Jobs

Eine Wachstumsinitiative zur weiteren Eindämmung der Schuldenkrise wollen die vier stärksten Euro-Volkswirtschaften Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien starten. „Wir wünschen uns ein Maßnahmenpaket für Wachstum in der Größenordnung von 130 Milliarden Euro“, sagte Italiens Regierungschef Mario Monti gestern nach einem „Vierergipfel“ in Rom. Das entspricht einem Prozent des Bruttoinlandsproduktes der EU und soll Investitionen ankurbeln und Arbeitsplätze schaffen.

### „Haushaltsdisziplin allein reicht nicht“

Haushaltsdisziplin allein reiche nicht aus, um Wachstum und Beschäftigung zu generieren, so Monti. Man stimme darin überein, dass die bisherigen Maßnahmen ungenügend seien. Frankreichs Präsident Francois Hollande erwartet schon beim EU-Gipfel Ende nächster

Woche wichtige Weichenstellungen für das Wachstumspaket.

### Finanztransaktionssteuer wohl im kleineren Kreis

Laut der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel plädieren die Staats- und Regierungschefs der vier größten Länder Europas zudem für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Die Finanzmärkte seien an der Bewältigung der Krise noch nicht hinreichend beteiligt, so Merkel. Beim gestrigen EU-Finanzministerrat in Luxemburg herrschte jedoch Uneinigkeit zu dem Thema. Damit die Steuer zumindest in einem Teil der EU-Staaten auf dem Weg der verstärkten Zusammenarbeit eingeführt werden kann, müssen neun Mitgliedsländer zustimmen. Was das betrifft, gab sich Finanzministerin Maria Fekter nach dem Treffen optimistisch. Bei der Befragung der einzelnen Ressortchefs habe es eine

„überwältigende Mehrheit“ gegeben, die „eine verstärkte Zusammenarbeit präferiert“. Nur wenige Minister wollten die Debatte über die Finanztransaktionssteuer schubladisieren. Auch Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl zeigt sich zufrieden. „Besser die Steuer kommt in einer kleineren Gruppe von Staaten und dafür rasch, als dass sie auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben wird“, so Leitl.

### Spanien stellt am Montag Hilfsantrag

Unterdessen hat Spanien angekündigt, übermorgen, Montag, den lang erwarteten Antrag auf Milliardenhilfe für seine maroden Banken bei den Euro-Partnern zu stellen. Nach Angaben von Wirtschaftsminister Luis de Guindos wird in dem offiziellen Antrag aber keine konkrete Summe genannt. Zwei Gutachten gehen von einem Kapitalbedarf von bis zu 62 Mrd. Euro aus.